

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2328

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2328



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

ABSTIMMUNGSDOSSIER

AHVplus

NEIN

Die AHVplus-Initiative der Gewerkschaften ist wie ein kräftiger Tritt aufs Gaspedal, wenn man mit dem Auto bereits auf die Wand zurast: das Allerfalscheste im Moment. Statt die finanzielle Lage der AHV noch schlimmer zu machen, als sie schon ist, sollten wir über Alternativen zur AHV nachdenken. Bis dahin: AHVplus NEIN!

von
Simon Scherrer



Der Inhalt der AHVplus-Initiative, die von Gewerkschaften und linken Parteien getragen wird, ist so einfach wie falsch: Mit einer Übergangsbestimmung in der Verfassung will sie alle AHV-Renten generell um 10% erhöhen¹. up! lehnt diese Initiative klar ab. Abgesehen davon, dass die AHV selbst grundsätzliche Schwäche besitzt, ist die Initiative teuer, kontraproduktiv und ungerecht.

Teuer: Die Initiative verursacht bis zu 5.5 Milliarden Franken zusätzliche Kosten jährlich. Die AHV wird – ohne Gegenmassnahmen – in Zukunft jährlich bereits Milliardendefizite schreiben. Jede zusätzliche Ausgabe bedeutet ein grösseres Defizit. Das ist unverantwortlich.

Kontraproduktiv: Für viele Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, würde sich die Lage durch AHVplus nicht bessern. Sie würden mehr Geld in Form der AHV-

Rente statt in Form von Ergänzungsleistungen erhalten. Da Ergänzungsleistungen steuerbefreit sind und die AHV-Rente nicht, stehen sie am Ende schlechter da.

Ungerecht: Die Initiative will einen Zuschlag von 10 Prozent auf alle Renten. Das bedeutet auch: Zusätzliche Renten von über 50'000 Franken für Millionäre! Das ist ungerecht und verschwenderisch.

Im Abschnitt «Unsere Argumente» führen wir unsere Argumente genauer aus.

Im Abschnitt «Unsere Alternative» stellen wir unsere Alternativen zur chronisch kranken AHV vor.

UNSERE ARGUMENTE

AHV schon jetzt dem Ruin nahe

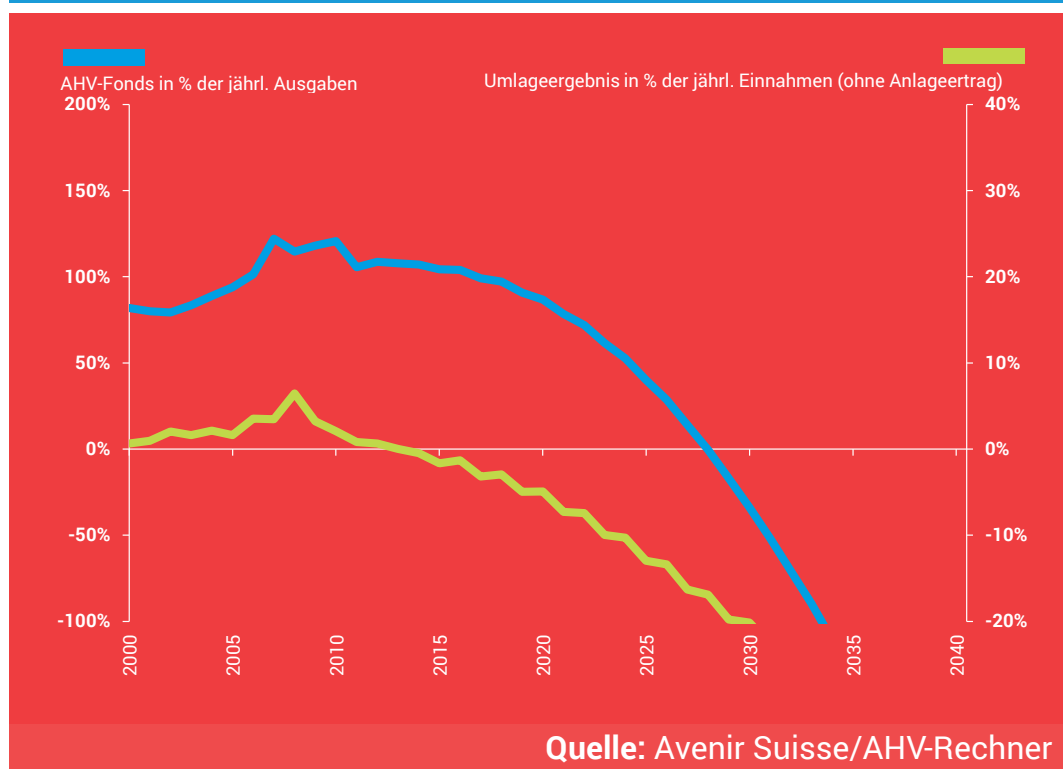
Die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Geburtenzahlen führen dazu, dass in Zukunft immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner finanzieren müssen. Zu Einführung der AHV finanzierten noch 6.5 Erwerbstätige einen Rentner, heute liegt dieses Verhältnis bei 3.4 zu 1, im Jahr 2050 wird es bei 2 zu 1 liegen². Diese Veränderungen im Aufbau der Bevölkerung machen sich bereits in den Finanzen der AHV bemerkbar. Das Umlageergebnis der AHV ist seit 2014 negativ, konnte aber damals noch durch die jährliche Auszahlung aus dem AHV-Fonds gerettet werden. 2015 war nicht einmal mehr das der Fall: Die AHV machte über ein halbe Milliarde Franken Verlust³.

Diese Defizite sind nicht einmalige Ausrutscher, sondern der neue

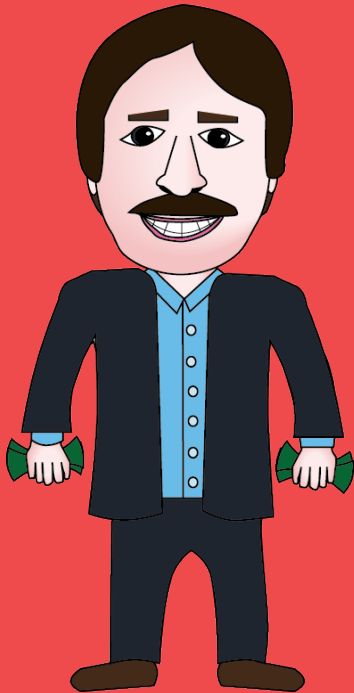
Normalfall. Alle Defizitvorhersagen für die AHV unterscheiden sich nur unwesentlich. Sie alle kommen zum Schluss: Die Defizite werden bleiben und sie werden immer grösser. Das Bundesamt für Sozialversicherungen rechnet mit Defiziten von 3.75 Mrd. Franken im Jahr 2025 und 10.89 Mrd. Franken im Jahr 2035. Gemäss seinen Prognosen wird der AHV-Ausgleichsfonds um 2030 leer sein⁴. Die Denkfabrik Avenir Suisse, die wegen der Masseneinwanderungsinitiative von einer tieferen Zuwanderung ausgeht als der Bund, prognostiziert Defizite von 5.5 Mrd. Franken (2025) und 14 Mrd. Franken (2035) sowie ein Versiegen des AHV-Ausgleichsfonds im Jahr 2028⁵. Insgesamt sieht sich die AHV heute nicht finanzierten Rentenversprechen von 173.4 % des BIP gegenüber⁶.

Damit ist klar: Die AHV ist bereits mit der heutigen Renten-

AHV AUF TAUCHKURS



RENTEN-ABZOCKER PAUL



Das ist Paul.

Paul ist Gewerkschaftsboss und seit 30 Jahren Parlamentarier.

Paul wird nächstes Jahr pensioniert.

Wenn die AHVplus-Initiative angenommen wird, erhält Paul eine zusätzliche Rente von über 50'000 Franken.

Ohne Gegenleistung.

Paul ist für AHVplus.

Sei nicht wie Paul.

Stimme Nein zu AHVplus!

höhe katastrophal unterfinanziert. Die zusätzlichen Ausgaben, die von 4.1 Mrd. im Jahr 2018 auf 5.5 Mrd. im Jahr 2030 anwachsen würden⁷, wären damit direkt zusätzliche Defizite. Die AHVplus-Initiative macht damit eine desolante finanzielle Lage noch schlimmer. Das ist völlig unverantwortlich.

Höhere Abgaben

Der Initiativtext der AHVplus-Initiative sieht keinerlei Gegenfinanzierung vor. Gemäss den Initianten wäre eine nationale Erbschaftssteuer zur Finanzierung geeignet gewesen. Da eine solche Steuer jedoch am 14. Juni 2015 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, würden die Zusatzausgaben am ehesten durch zusätzliche Lohnabzüge oder zusätzliche Mehrwertsteuerprozentante finanziert. Um das erweiterte Finanzloch im Jahr 2030 über Lohnabzüge zu decken,

müssten diese um 2.7 Prozentpunkte statt um 1.5 Prozentpunkte erhöht werden. Um es über die Mehrwertsteuer zu decken, müsste diese um 3.6 Prozentpunkte statt um 2 Prozentpunkte erhöht werden⁴.

Beide Arten von Abgaben schmälern das verfügbare Einkommen der Individuen spürbar und weiten die schädliche Zwangsumverteilung aus. Keuschnigg (2008) geht in einer aufwändigen Modellrechnung davon aus, dass wegen der zusätzlichen Besteuerung für die Altersumverteilung das Pro-Kopf-Einkommen längerfristig um 20% tiefer ausfallen könnte⁸. Die Abgabenquote in der Schweiz beträgt richtig berechnet schon gegen 50%⁹. up! lehnt jegliche weitere Erhöhung kompromisslos ab.

AHV-Ausbau läuft bereits

Die Initianten werben damit, dass die AHV seit Jahren nicht mehr aus-

gebaut wurde und die AHV-Renten einen immer geringeren Anteil des letzten Lohnes darstellen (sogenannte Ersatzquote). Diese Argumente sind in vielerlei Hinsicht fehlgeleitet. Aber selbst wenn sie richtig wären: Da die AHV-Renten das Existenzminimum decken sollen, müssten sie nicht ohnehin nicht mit den Löhnen wachsen, sondern höchstens mit der Teuerung.

Tatsächlich ist jedoch die monatliche Minimalrente seit Einführung der AHV inflationsbereinigt um Faktor 6.5 gewachsen¹⁰. Auch in jüngerer Zeit wurden die AHV-Renten dank dem sogenannten Mischindex und gestiegener Lebenserwartung laufend ausgebaut: Seit 1980 erlebten Männer eine reale Rentenerhöhung von 57%, Frauen eine solche von 25%¹¹. Einem noch stärkeren Ausbau der AHV fehlt jegliche Grundlage.

Ungezielte Umverteilung

Da die AHVplus-Initiative einen generellen Rentenzuschlag fordert, profitieren auch Bezüger der AHV-Maximalrente von einer kräftigen Rentenerhöhung. Das heisst beispielsweise: Auch SGB-Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner, der nächstes Jahr pensioniert wird und dank seinem 30-jährigen Dasein als Parlamentarier und SGB-Präsident definitiv Maximalrente beziehen wird, würde eine zusätzliche Rente von über 50'000 Franken erhalten, wenn die Initiative angenommen würde. Das widerspricht dem Prinzip gezielter Umverteilung eklatant.

Viele Bezüger von Ergänzungsleistungen fahren schlechter

Rentner, die trotz AHV-Renten fi-

nanziell schlecht gestellt sind, beziehen heute oft zusätzlich Ergänzungsleistungen. Diesen Zustand will die Initiative beseitigen. Tatsächlich würden für rund 88% der AHV-Rentner, die heute Ergänzungsleistungen beziehen, eine reine Leistungsverlagerung stattfinden: Sie erhielten in Zukunft mehr AHV-Rente statt Ergänzungsleistungen, hätten aber gleich viel Geld im Portemonnaie.

12% der Bezüger von Ergänzungsleistungen würden jedoch ihren Anspruch auf Ergänzungsleistungen ganz verlieren. Ihre finanzielle Lage würde sogar schlechter, da die AHV-Rente im Gegensatz zu Ergänzungsleistungen nicht steuerbefreit ist und als Teil des steuerbaren Einkommens eventuell sogar den Anspruch auf Prämienverbilligungen o. ä. zunichte macht⁷.

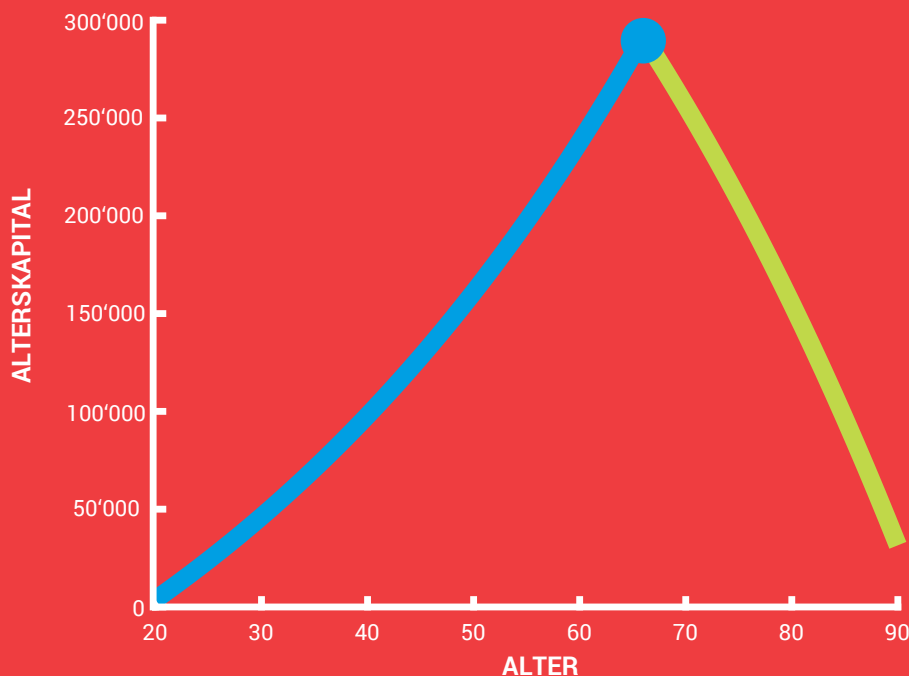
UNSERE ALTERNATIVE

Staatliche Altersvorsorge kann nicht funktionieren

Trotz der offensichtlichen finanziellen Probleme in der AHV besteht bei Teilen des politischen Spektrums anscheinend kein Problembewusstsein. Im Gegenteil: Die staatliche Altersvorsorge erlaubt populistischen Politikern, schädliche Zwangsumverteilung auszuweiten – ob direkt wie mit dieser Initiative oder indirekt durch die Sabotage von dringend notwendigen Reformen. Die Kosten dieser Politik, die in der Zukunft liegen, werden die entsprechenden Politiker einerseits nie politisch belasten und sind andererseits den zukünftigen Zahlern zu wenig bewusst. Diejenigen Kreise, die von solcher

SPARE IN DER ZEIT, SO HAST DU IM ALTER

Individueller Vorsorgeplan mit 3850.- Bruttolohn und Anlagerendite 2%



Politik profitieren, profitieren hingegen sehr rasch und direkt, durch höhere Renten beispielsweise.

Individuelle Vorsorge

Es ist darum nicht überraschend, dass die staatliche Altersvorsorge durch den politischen Prozess in Schieflage gerät. Darum fordert up! schon seit Gründung die Entpolitisierung der Altersvorsorge, was beispielsweise einen längerfristigen Ersatz der AHV durch eigenverantwortliches Sparen bedeuten würde. Statt in die AHV einzuzahlen, könnten Erwerbstätige ihr Geld langfristig anlegen, um im Alter davon zu profitieren.

Dass entgegen landläufiger Meinung ein solches Vorsorgesystem nicht unmöglich ist für einkommensschwache Haushalte, zeigt das Rechenbeispiel im Kasten. Es

wird angenommen, dass ein Erwerbstätiger die heutigen, effektiv arbeitnehmergetragenen Sozialabgaben¹⁾ zu einer Anlagerendite von 2% investieren könnte und mit 67 Jahren in Pension gehen würde. Er könnte dann bei durchschnittlicher Lebenserwartung jährlich die heutige AHV-Mindestrente beziehen. Bei höherer Anlagerendite oder höherem Sparvolumen kann die Rente entsprechend erhöht werden. Ausserdem würde dieses Modell nur – wie die AHV – zur Deckung des Existenzminimums gebraucht

¹⁾ Gemäss ökonomischer Forschung trägt der Arbeitnehmer durchschnittlich zwei Drittel der Sozialabgaben, ungeachtet deren künstlicher Aufteilung in «Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge». Der andere Drittel der Sozialabgaben verteuert damit die Arbeit und erhöht die Arbeitslosigkeit.¹²

werden. Wird auch die zweite Säule entpolitisiert, können die heutigen 3 Säulen als Alterskapital zusammengefasst werden, was zu bedeutend höheren Renten führt.

Häufig wird gegen dieses Modell das Argument ins Feld geführt, dass Menschen zu kurzichtig wären, um ohne staatlichen Zwang vorzusorgen. Für die überwältigende Mehrheit aller Menschen dürfte dies jedoch nicht stimmen. Das lässt sich daran beobachten, dass die allermeisten Menschen auch nicht-obligatorische Versicherungen abschliessen: 61% aller Erwerbstätigen sind einer Einrichtung der dritten Säule angeschlossen¹³, 90% der Haushalte haben eine Hausratsversicherung abgeschlossen¹⁴ und über 99% der Bevölkerungen hatten eine Krankenversicherung abgeschlossen, bevor sie obligatorisch war¹⁵.

Chilenische Rentenreform

Als Vorbild für eine mögliche Zwischenlösung, die individuelle

Vorsorge staatlich anleitet, könnte ansonsten die chilenische Rentenreform von 1981 dienen¹⁶. In Chile wurde – bis heute weltweit einzigartig – Arbeitnehmern freigestellt, ob sie im bisherigen Umlagesystem bleiben oder monatlich 10 Prozent ihres Lohns auf ein privates Rentensparkonto einzahlen wollten. Bis heute haben 99% der Arbeitnehmer sich für die individuelle Vorsorge entschieden. Das ist nicht erstaunlich, denn die Renten im Vorsorgesystem liegen 50 bis 100% höher als im Umlagesystem und erzielen eine durchschnittliche reale Rendite von 8%. Das teils private Rentensysteme von Chile gilt auch als wesentliche Ursache dafür, dass das Wirtschaftswachstum in Chile von seinem historischen Wert von 3% bis auf 7.3% stieg.

Individuelle Vorsorge ist also keine Utopie, sondern praktikabler, fairer und nachhaltiger als heutige Umlagesysteme wie die AHV. ■

HISTORISCHE WEISHEIT

Am 3. Dezember 1931, drei Tage vor der ersten Volksabstimmung über die Einführung der AHV, schrieb Wirtschaftspublizist Wilhelm Meier in einem Leitartikel in der NZZ folgendes:

«Die soziale Versorgung hält die klassenkämpferischen Parteien im Sattel, gibt es doch kein besseres Mittel, sie zu stärken, als wenn man ganze Volksschichten öffentlich versorgt. [...] Das schlimmste ist, dass es kein Zurück mehr gibt. [...] Es mag in bester Absicht begonnen und aufgebaut werden. Anfänglich treten vielleicht die Schäden nicht so klar zutage[...]. Erziehung, überkommene Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Selbstverantwortlichkeit und gegenseitige Kontrolle können noch nachwirken und stützen das Fundament des Gebäudes. Sind aber diese Reserven aufgebraucht, dann sind die Hemmungen beseitigt, die sozialen Kontrollen aufgehoben, dann ist der Zusammenbruch da.»¹⁷

QUELLEN

- ¹ Initiativtext, <http://bit.ly/2bjBQjU>
- ² Hintergrunddokument: «AHVplus» und «Altersvorsorge 2020», Bundesamt für Sozialversicherungen, <http://bit.ly/2bjCygU>
- ³ Finanzen der Alters- und Hinterlassenenversicherung, Bundesamt für Sozialversicherungen, <http://bit.ly/2bAFVhg>
- ⁴ Finanzperspektiven der AHV 2016-2035, <http://bit.ly/2bmuGVJ>
- ⁵ CH 1995-2035: Alterung, Avenir Suisse, <http://bit.ly/2bZIKJU>
- ⁶ Moog, Weisser & Raffelhüschen, Altersvorsorge und die Schweizer Generationenbilanz – Lasten in die Zukunft verschoben, Forschungszentrum Generationenverträge & UBS, 2014, <http://bit.ly/2brUcv3>
- ⁷ Botschaft des Bundesrates zur AHVplus-Initiative, 2014, <http://bit.ly/2bjslvI>
- ⁸ Jaag, Keuschnigg & Keuschnigg, Alterung, Sozialwerke und Institutionen, Studie im Auftrag des SECO, 2008, <http://bit.ly/2bJGoOw>
- ⁹ Dominik Feusi, Jeder arbeitet ein halbes Jahr für den Staat, <http://bit.ly/2bAFK5o>
- ¹⁰ Martin Janssen, Die Altersvorsorge in der Schweiz: Eine Standortbestimmung, 2016, <http://bit.ly/2brUmCq>
- ¹¹ Jérôme Cosandey, Der schleichende AHV-Ausbau, <http://bit.ly/2bZKvq6>
- ¹² Melguizo, Á. & González-Páramo, J.M., Who bears labour taxes and social contributions? A meta-analysis approach, SERIEs (2013) 4: 247. <http://bit.ly/2bDpvSo>
- ¹³ Comparis, Mit der 3. Säule auf Nummer sicher gehen, Medienmitteilung, 2010, <http://bit.ly/2bjWeyA>
- ¹⁴ Schweizer Versicherungsverband, Versicherung von Elementarschäden in der Schweiz, <http://bit.ly/2bjWLAf>
- ¹⁵ Santésuisse, FAQ zum Versicherungsobligatorium, <http://bit.ly/2bjWLAf>
- ¹⁶ José Piñera, Das chilenische Modell des Rentensparens, in: Christian Hoffmann, Pierre Bessard (Hrsg.), Sackgasse Sozialstaat – Alternativen zu einem Irrweg, Edition Liberales Institut
- ¹⁷ Bessard & Pamini, Jenseits des Drei-Säulen-Mythos, Liberales Institut, <http://bit.ly/2bKt6ju>